



## öffentlicher Teil

### zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung

Durch die Stadtpräsidentin Frau Gudrun Maria Riedel wurde die außerordentliche Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) eröffnet. Sie stellte die ordnungsgemäße Ladung aller Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter fest. Von den 17 geladenen Stadtvertretern/innen sind 15 anwesend. Somit ist die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschlussfähig.

- Verpflichtung der neuen Stadtvertreterin Frau Steffi Kähne durch die Stadtpräsidentin
- neue Fraktionsvorsitzende der Fraktion IfS: Frau Livia Meier

### zu 2 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin Frau Heike Hammermeister-Friese informierte die Stadtvertreter/innen und Gäste über die Arbeit der Verwaltung der Stadt Strasburg (Um.). (siehe Anlage zum Protokoll)

### zu 3 Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Stadt Strasburg (Um.) Vorlage: 0014-Käm-2020

Anfrage Herr Kurt Rabe, Ortsvorsteher Gehren:

- Wie soll die Erfassung der Hunde erfolgen?

Antwort der Bürgermeisterin:

- bisher gab es keine systematische Erfassung
- derzeit schwierige Situation aufgrund von personellen Herausforderungen
- zukünftig systematische Erfassung

Anmerkungen von Herrn Wolfgang Dietrich, DIE LINKE.:

1. keine Diskussion in den Ausschüssen
2. § 13 zur Abgabe einer Steuermarke
3. § 14 Abs. 1 Pkt. 3 – Mitführung der Steuermarke
4. Inkrafttreten der Satzung: rückwirkend zum 01.01.2020
5. Vorschlag: erst ab 2. Hund die Steuer erhöhen

Herr Martin Bahlmann kam um 17:15 Uhr dazu. Demnach sind 16 Stadtvertreter/innen anwesend.

Antworten der Bürgermeisterin:

1. Es gab eine gemeinsame Beratung zu dem Thema und übereinstimmende Verabredungen über die weitere Vorgehensweise mit den Fraktionsvorsitzenden sowie fraktionslosen Mitgliedern. Anschließend sollte innerhalb der Fraktionen darüber diskutiert werden.
2. Bei Abmeldung eines Hundes ist die Steuermarke an die Stadt Strasburg (Um.) zurückzugeben. Bei Nichtabgabe ist eine Gebühr entsprechend der Verwaltungsgebührensatzung zu entrichten.
3. die Hundemarke ist mitzuführen; z.B. am Halsband, an der Leine oder der Hundehalter führt diese in der Tasche mit
4. Die Hundesteuer wird als Jahressteuer pro gehaltenem Hund erhoben und ist eine Aufwandssteuer.

Nachfrage Herr Rüdiger Wiczorek, CDU-Fraktion:

- § 7 Abs. 1 Nr. 1 Steuerermäßigungen - 50 m ?

Antwort der Bürgermeisterin:

- Die Steuer wird auf Antrag um die Hälfte ermäßigt für:  
1. Hunde die zur Bewachung von Gebäuden, welche von den nächsten bewohnten Gebäude **mehr als 300 m** entfernt liegen.

Anmerkung Frau Sieglinde Ernst:

- Anleinplicht
- gemäß Hundehalterverordnung - HundehVO M-V
- sollte im nächsten Anzeiger nochmal darauf hingewiesen werden

Antrag von Herrn Wolfgang Dietrich: „Erhöhung der Steuer ab 2. Hund“

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür stimmten:	3
Dagegen stimmten:	9
Stimmenenthaltungen:	4

Der Antrag wurde abgelehnt.

**Neufassung der Hundesteuersatzung**

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Stadt Strasburg (Um.) gemäß beigefügter Anlage.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	9
Dagegen stimmten:	5
Stimmenenthaltungen:	2

zu 4

**Beschluss über die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2020**

Vorlage: 0013-Käm-2020

Durch den Vorsitzenden des Finanz- und Wirtschaftsausschusses Herrn Christian Vorreyer wurde eine Präsentation zur Haushaltssituation dargestellt.

Anmerkungen der Bürgermeisterin:

- Am 1. April 2020 wurde durch das Land ein neues Finanzausgleichsgesetz (FAG) beschlossen. Danach bekommt Strasburg (Um.) gut 700.000,- € mehr zugewiesen, als in den Vorjahren. Zusätzlich enthält es ab 2020 die Möglichkeit für verschuldete Kommunen, die Schulden durch Zuschüsse des Landes (sog. Konsolidierungsbeihilfen) abzubauen. Die Zuschüsse nach § 27 FAG sind allerdings an Bedingungen gebunden.
- 2 Varianten
  - „Pflicht“ = Anforderungen der Kommunalaufsicht
  - „Kür“ = Vorschlag der Verwaltung –

Nachtragshaushaltssatzung die u.a die Bedingungen des § 27 FAG erfüllt und damit die Konsolidierungsbeihilfen des Landes in Höhe von mehr als 1 Mio. Euro in den nächsten Jahren sichern würde

- sehr knapper Zeitplan, jedoch war die Kurzfristigkeit bekannt
- Auflagen der Kommunalaufsicht müssen erfüllt werden
  - die notwendige Genehmigung für die Kredite der Stadt im Volumen von 400.000,- € wurde nicht erteilt sowie
  - zusätzliche Anordnung, dass die Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer mindestens auf das Nivellierungsniveau anzuheben sind
  - kommt die Stadt dem nicht nach, wird die Kommunalaufsicht die Anordnung zur Anhebung der Hebesätze durch Ersatzvornahme durchsetzen
- die Leistungsfähigkeit hat Einfluss auf die Fördermittel
  - z.B. Antrag auf Fördermittel für die Schule
    - Stellungnahme der Kommunalaufsicht erforderlich
    - Frage: Kann die Kommune, das Objekt was gefördert wird, langfristig erhalten?

Anmerkungen von Frau Livia Meier, IfS:

- es gibt 3 Varianten – der „Mittelweg“ ist offen
- die Stadt muss wirtschaftlich, sachgerecht und sparsam handeln und nicht nur dann wenn es eine Förderung dafür gibt
- die Erhöhung über dem Durchschnittsniveau bedeutet eine höhere Last für den Bürger
- durch die Corona-Pandemie ergeben sich andere Prognosen
  - der Nachtragshaushalt ist ohne Corona gerechnet
  - Steuereinnahmen bleiben aus
  - Stundungsanträge, Einnahmeverluste, Einkommenseinbußen
  - hoher Betrag bei Veräußerung von Grundstücken
  - Steuerniveau zu hoch
  - kein Handlungsspielraum der Verwaltung – (Umsetzung des Nachtragshaushaltsplans)
  - nicht realistisch

Anmerkungen von Herrn Kai Finsterbusch, BB:

- Vorstellung der beiden Konzepte zum Haushalt in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 02.03.2020 – Beratung ohne Ergebnis
- Korrektur des Datums, Schreiben der Bürgermeisterin - „27.06.2020“
- kein Hinweis auf den Verfahrensweg, dass Beratungen mit den Fraktionsvorsitzenden sowie fraktionslosen Mitgliedern erfolgt sind
- Unterlagen wurden nicht rechtzeitig übergeben
- Tendenz in der Präsentation klar dargestellt, dies ist verbunden mit:
  - einer Ausgleichszahlung
  - Reduzierung der Ausgaben, weitere Einsparungen
  - Streichung von freiwilligen Leistungen
  - Erhöhung der Einnahmen
  - das bedeutet, weitere Einschnitte für den Bürger
- keine Zustimmung für die „Kür“
- eine Entschuldung in 3 Jahren ist unrealistisch
- Fördermittel werden uns deshalb nicht gestrichen

Anmerkungen von Frau Sieglinde Ernst, fraktionslos:

- 20 % über den Landesdurchschnitt nicht realistisch für Strasburg (Um.)

Anmerkung der Bürgermeisterin:

- die Durchschnittshebesätze werden jedes Jahr aus den aktuellen Hebesätzen der Kommunen neu bestimmt
- die Nivellierungsgrundsätze sind eine Festlegung des Landes

Anmerkungen von Herrn Wolfgang Dietrich:

- durch die Corona-Pandemie herrscht eine andere Realität; dies zieht soziale sowie wirtschaftliche Folgen mit sich
- der Sozialausschuss hatte einstimmig plädiert: keine Mietforderung an den Arbeitslosenverein
- das Land liegt in der Schuld der Kommunen

Anträge von Herrn Wolfgang Dietrich, DIE LINKE.:

1. Keine Erhöhung der Grundsteuer A.
2. Keine Erhöhung der Grundsteuer B.
3. Keine Erhöhung der Gewerbesteuer.
4. Keine Miete für den Arbeitslosenverband.
5. Keine Reduzierung der Mittel für die Schulen.
6. Keine Reduzierung der Mittel für die Bibliothek.
7. Erhöhung der Garagenpacht erst ab der 2. Garage.

1. Keine Erhöhung der Grundsteuer A.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wurde abgelehnt.

Dafür stimmten:	3
Dagegen stimmten:	9
Stimmenenthaltungen:	4

2. Keine Erhöhung der Grundsteuer B.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wurde abgelehnt.

Dafür stimmten:	3
Dagegen stimmten:	8
Stimmenenthaltungen:	5

3. Keine Erhöhung der Gewerbesteuer.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wurde abgelehnt.

Dafür stimmten:	3
Dagegen stimmten:	10
Stimmenenthaltungen:	3

4. Keine Miete für den Arbeitslosenverband.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wurde abgelehnt.

Dafür stimmten:	5
Dagegen stimmten:	5
Stimmenenthaltungen:	6

5. Keine Reduzierung der Mittel für die Schulen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wurde bestätigt.

Dafür stimmten:	11
Dagegen stimmten:	2
Stimmenenthaltungen:	3

6. Keine Reduzierung der Mittel für die Bibliothek.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wurde abgelehnt.

Dafür stimmten:	3
Dagegen stimmten:	5
Stimmenenthaltungen:	8

7. Erhöhung der Garagenpacht erst ab der 2. Garage.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wurde abgelehnt.

Dafür stimmten:	3
Dagegen stimmten:	9
Stimmenenthaltungen:	4

Anmerkungen von Herrn Christian Vorreyer, CDU:

- Vorschläge für die Pflicht sind nicht eingegangen
- Aufforderung zu handeln
- Zukunftsfähigkeit schaffen, Entscheidung für die nächsten Jahre
- durch das FAG wurde die Möglichkeit gegeben, Schulden abzubauen
- diese wichtige Entscheidung sollten die Stadtvertreter/innen nicht aus der Hand geben
- wenn der Nachtragshaushalt beschlossen wird, verzichtet die CDU-Fraktion auf die Aufwandsentschädigung, um einen Beitrag zum Haushalt zu leisten

Anmerkungen von Herrn Matthias Huth, CDU:

- Ziel: einen ausgeglichener Haushalt zu erreichen
- die Stadt Strasburg (Um.) bekommt Schlüsselzuweisungen in Höhe von 766,000,- € mehr; dazu kann die Stadt weitere Konsolidierungsbeihilfen nach Erfüllung der Bedingungen des § 27 FAG erhalten
- das bedeutet, zusätzliche Zuwendungen von mehr als 1 Mio. Euro in den nächsten Jahren
- Belastungen für den Bürger sind weggefallen: Straßenausbaubeiträge, Kitakosten
- Anpassung nach FAG - bei einem durchschnittlichen Grundstück mit 800 m<sup>2</sup> Fläche sind das jährlichen Mehrkosten von ca. insgesamt 32,- €

- Investitionskredit in Höhe von 400.000,- € wurde nicht genehmigt  
→ wie sollen zukünftige Investitionen erfolgen, wenn die Stadt nichts ändert

Anmerkungen von Herrn Kurt Rabe, Ortsvorsteher Gehren:

- Strasburg (Um.) sollte die Chance nutzen, schuldenfrei zu werden
- viele Gemeinden werden die Hebesätze anpassen

Anmerkungen von Frau Marianne Bretschneider, DIE LINKE.:

- Mangel im Prozedere und in der Zusammensetzung der Beratungen zu dieser wichtigen Angelegenheit
- Wie konnte die Verwaltung in dieser kurzen Zeit einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen?
- Beteiligung der Öffentlichkeit fehlt – Verständlichkeit dem Bürger gegenüber z.B. über Anzeiger

Antwort der Bürgermeisterin:

- Haushalt wurde selbständig von der Verwaltung erarbeitet
- neue Bürgermeisterin, neue Stadtvertretung
- bei der Erstellung des Haushaltes 2021 – andere Sichtweise
- Einsparpotenziale vorhanden

Anmerkungen Herr Hannes Peter, SPD:

- fehlendes Vertrauen zur Umsetzung in die Verwaltung  
z.B. Straßenlaterne leuchtet in Karlsburg durchgehend, nach mehrmaliger Mitteilung nicht behoben oder Toilettenspülung im Rathaus läuft tagelang

Anmerkungen Herr Nico Jahnke, AfD:

- keine Umsetzung der Ziele
- Appell an die Parteien – dass z.B. mehr Umsatzsteuer oder Lohnsteuer in der Gemeinde bleibt
- durch Sparmaßnahmen können wir unseren Bürgern nichts bieten
- plädiert für die Pflichtmaßnahmen

Anmerkungen von Frau Livia Meier, IfS:

- keine vertrauensvolle Zusammenarbeit
- Erarbeitung und Vorlage eines glaubwürdigen und plausiblen Plans

Antrag von Frau Sieglinde Ernst, fraktionslos:

„Erhöhung der Garagenpacht von 60,- € auf 80,-€ sowie Erhöhung ab der 2. und 3. Garage.“

Erklärung Frau Kerstin Koch:

- die Stadt erhält die Garagenlandpacht, städtisches Land verpachtet
- die Garagen sind privat
- Bestandsschutz

Frau Ernst zog ihren Antrag zurück.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) beschließt die 1. Nachtragshaushalts-satzung und den 1. Nachtragshaushaltsplan mit seinen Anlagen für das Jahr 2020.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde abgelehnt.

Dafür stimmten:	4
Dagegen stimmten:	11
Stimmenenthaltungen:	1

Antrag von Herrn Nico Jahnke, AfD:

„Durchführung einer Pause“

### **Abstimmungsergebnis:**

Dafür stimmten:	1
Dagegen stimmten:	15
Stimmenenthaltungen:	0

Der Antrag wurde abgelehnt.

zu 5

### **Wahl neuer Ausschussmitglieder**

Vorlage: 0005-Bgm-2020

Anmerkung: Einreicher Fraktion IfS

### **Beschluss:**

Folgende Ausschussmitglieder werden von der Fraktion IfS neu festgelegt:

1. als Stadtvertreterin für den Hauptausschuss:  
Frau Livia Meier
2. als Ersatzmitglied für den Hauptausschuss:  
Frau Steffi Kähne
3. als Stadtvertreterin für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss:  
Frau Livia Meier
4. als Stadtvertreterin für den Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales:  
Frau Steffi Kähne
5. als sachkundige Einwohnerin in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss:  
Frau Solveig Wegener
6. als sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales:  
Frau Corinna Kroh

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 6

### **Anfragen und Mitteilungen der Stadtvertreter/innen und der Bürgermeisterin**

Anmerkung der Bürgermeisterin:

- 3 schriftliche Anfragen von Herrn Nico Jahnke wurden zur Sitzung gestellt
- Beantwortung in der nächsten Stadtvertreterversammlung am 18.06.2020

Anfragen von Herrn Wolfgang Dietrich, DIE LINKE.:

1. Anfrage aus der letzten Stadtvertreterversammlung –Teilbaugenehmigung Milchhof Neuensund – keine schriftliche Antwort erhalten
2. Umgang mit beratenden und beschließenden Gremien der Stadtvertretung

Antworten der Bürgermeisterin:

1. wird nachgereicht
2.
  - Gemäß Runderlass vom Ministerium wird empfohlen, derartige Sitzungen möglichst zu verschieben und Tagesordnungen der nicht weiter verlegbaren Sitzungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren sowie von den kommunalverfassungsrechtlichen Möglichkeiten einer Kompetenzverlagerung Gebrauch zu machen.
  - daher wurde der Hauptausschuss abgesagt
  - Stadtvertreter/innen haben die Möglichkeit, z.B. durch die Hauptsatzung auf den Hauptausschuss oder den Bürgermeister übertragene Aufgaben wieder zur Entscheidung an sich zu ziehen.

Anfrage von Herrn Kai Finsterbusch, BB:

- Organisation der Alters- und Ehejubiläen in der Stadt Strasburg (Um.)

Antworten der Bürgermeisterin:

- Abfrage über das Sekretariat beim Einwohnermeldeamt
- Personen mit einer Auskunftssperre werden nicht in der Liste aufgeführt - keine Weitergabe des Jubiläums
- entsprechende Anträge auf Übermittlungssperre werden im Einwohnermeldeamt zur Verfügung gestellt
- Übermittlungssperre ist im Melderegister hinterlegt und kann vom Betroffenen erfragt werden

Anfrage von Frau Manja Preperau, BB:

- Durchführung diesjähriges Stadtfest

Antwort der Bürgermeisterin:

- Absage - aufgrund der aktuellen Corona-Situation
- diese Entscheidung ist uns nicht leicht gefallen, jedoch ist der geplante Ablauf zum jetzigen Zeitpunkt nicht realisierbar
- dies betrifft leider auch das diesjährige Fest zum Schuljubiläum der Grundschule
- Absage wird im Anzeiger veröffentlicht

Bitte von Frau Sieglinde Ernst, fraktionslos:

- Veröffentlichung im Anzeiger
  - Information über die finanzielle Situation der Stadt
  - Beispiel: finanzielle Auswirkung für den Bürger (Geldbeträge)

Anfrage von Frau Livia Meier, IfS:

- Behandlung – Neufassung Gesellschaftsvertrag GWG
  - wird in den nächsten Ausschüssen behandelt

Anfrage von Herrn Nico Jahnke, AfD:

- Durchführung eines Parteitages der AfD in der Max-Schmeling-Halle in Strasburg (Um.)

Anmerkung von Frau Gudrun Maria Riedel:

- zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann aufgrund der Corona-Pandemie keine Entscheidung getroffen werden

Antwort der Bürgermeisterin

- dieses Thema wird in der nächsten Stadtvertretersitzung im Juni behandelt
- Zusage von Herrn Martin, Vorstand AfD, dass er die Entscheidung der Stadtvertreter/innen akzeptiert

Weitere Wortmeldungen gab es im öffentlichen Teil nicht.

Die nächste Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) findet am Donnerstag, den 18. Juni 2020, um 17:00 Uhr, im Kulturhaus der Stadt Strasburg (Um.) statt.

Strasburg (Um.), den 10.06.2020

gez.  
Gudrun Maria Riedel  
Stadtpräsidentin

Stefanie Purrmann  
Protokollantin

## **Bericht der Bürgermeisterin Sitzung der Stadtvertretung Strاسبurg (Um.) am 14.05.2020**

Sehr geehrte Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter,  
liebe Stadtpräsidentin,  
sehr geehrte Gäste,

ich freue mich sehr, Sie alle heute persönlich treffen zu dürfen. Denn das ist derzeit alles andere als selbstverständlich. Die Corona-Pandemie war ja zur letzten Stadtvertretersitzung für uns gerade erst am Anfang. In den zwei Monaten danach, haben wir alle beispiellose Einschränkungen unseres Lebens erfahren müssen. Es wurde ein Kontaktverbot erlassen, Schulen und Kitas geschlossen, Unternehmen durften nicht arbeiten. Das alles hat uns tief getroffen und ist noch lange nicht vorbei. Und dennoch sind die Beschränkungen, die sich Deutschland auferlegt hat, nur sehr gering im Vergleich zu den totalen Ausgangsverboten z.B. in Spanien oder Frankreich. Inzwischen sind viele Verbote und Einschränkungen gelockert worden. Und es stellt sich so etwas wie eine neue Normalität ein. Das sieht man auch an dieser Sitzung. Generell gilt noch immer, dass Sitzungen der kommunalen Gremien auf das absolut notwendige Maß zu beschränken sind, aber unter Beachtung von Hygienevorschriften zur Verhinderung von Ansteckungen möglich sind. Daher findet die Sitzung heute hier im Kulturhaus statt, damit das Abstandsgebot einzuhalten ist. Absolut notwendig ist die Sitzung deshalb, weil die möglicherweise mit dem Nachtragshaushalt zu beschließenden Hebesatzanpassungen noch im ersten Halbjahr erfolgen müssen, um für das gesamte Jahr wirksam zu sein.

Zur Corona-Pandemie noch ein paar aktuelle Zahlen: Derzeit gibt es in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 739 bestätigte Fälle, davon sind 20 Patienten leider verstorben. Im Landkreis Vorpommern-Greifswald gibt es 136 bestätigte Fälle, 7 Patienten sind verstorben, 113 gelten als genesen. In Strاسبurg (Um.) haben wir glücklicherweise bisher keine bestätigten Fälle zu verzeichnen.

Dennoch, oder gerade deshalb, sollten wir nicht leichtsinnig sein und die bestehenden Regelungen weiter mit Augenmaß, aber konsequent, anwenden.

Das haben auch die meisten Strاسبurger Bürger und Geschäftsinhaber in den letzten Wochen getan. Es wurden von Seiten der Stadt Strاسبurg (Um.) lediglich gegen zwei Personen Bußgelder wegen unerlaubten Aufenthaltes in Mecklenburg-Vorpommern verhängt. Zwei weitere Bußgelder sind gegen Geschäftsinhaber erlassen worden, wegen unerlaubten Verkaufs und wegen Verletzung der Maskenpflicht für Verkaufspersonal. Beide Unternehmer wurden vorher mehrfach mündlich auf die Regelungen hingewiesen, sind aber nicht einsichtig gewesen und haben die Mitarbeiterin beschimpft bzw. ausgelacht. Weitere Verstöße gegen das Kontaktverbot sind von der Polizei aufgenommen worden, wurden aber an den Landkreis übergeben, dazu liegen mir keine weiteren Informationen vor.

Die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Einschränkungen haben natürlich auch wirtschaftliche Auswirkungen auf unsere Unternehmen. Viele Unternehmer haben mir signalisiert, dass die Umsatzeinbußen zwar gravierend sind, insgesamt aber nicht existenzbedrohlich. Lediglich fünf von ca. 140 Gewerbesteuer zahlenden Unternehmen haben Anträge auf Erlass oder Stundung von Miete bzw. Gewerbesteuer gestellt.

Ein Antrag auf Stundung der Grundsteuer ging Corona-bedingt ein, von diesem Eigentümer gibt es aber ohnehin jedes Jahr einen Antrag auf Erlass der Grundsteuer wegen zu geringer Einnahmen.

Zu Beginn der Pandemie hatte sich die Verwaltung bemüht, eine Liste von Einkaufshelfern zu erstellen, um im Bedarfsfall zu vermitteln. Zwei Privatpersonen haben sich zur Verfügung gestellt, zusätzlich gibt es Angebote von Volkssolidarität und DRK. Es gab allerdings keine Nachfrage nach Einkaufshilfe.

Während der letzten zwei Monate gab es eine Rufbereitschaft der Verwaltung an 7 Tagen die Woche für 24 Stunden, indem meine Handynummer z.B. für Unternehmer, die Unterstützung suchen, auf dem Stadtanzeiger abgedruckt war. Zusätzlich wurde die zentrale Rufnummer des Rathauses, bei der bei nicht besetzten Arbeitsplätzen und nachts alle Anrufe eingehen, auf mein privates Handy umgeleitet. Es gab keinen einzigen Anruf. Lediglich über den Facebook-Messenger erreichten mich einige Anfragen zum Einreiseverbot nach M-V. Das Informationsangebot über unsere Internetseite wurde gut angenommen, hier hat sich die durchschnittliche Nutzungsdauer der Seite in den ersten Wochen der Corona-Krise verdoppelt, hier wurden also gezielt Informationen abgerufen.

Wie es in den nächsten Wochen mit den Corona-Einschränkungen weiter geht, kann ich nur mutmaßen. Bisher sieht es nach weitergehenden Lockerungen aus, die allerdings an Bedingungen, wie Hygienekonzepte geknüpft sein werden. Ob diese Lockerungen nach der Einreise der Touristen und damit möglicherweise wieder steigenden Infektionszahlen zu halten sind, wird die Zeit zeigen. Ich bitte alle darum, trotz der geringen Zahlen in unserem Landkreis, weiter diszipliniert zu sein.

Mit Disziplin hat auch der heutige Grund unserer Sitzung zu tun: der Haushalt. Dazu möchte ich vorneweg gar nicht allzu viel sagen. Nur das Eine: Es ist sehr schade, dass uns Corona die Möglichkeit genommen hat, eine Einwohnerversammlung abzuhalten. Ich gehe aber auch davon aus, dass jeder von Ihnen in seinem Umfeld Bürgermeinungen gesammelt hat und bei Fragen auch aufgeklärt hat, welche Möglichkeiten der Stadt offen stehen und welche nicht. Kurz gesagt, haben Sie heute zwei Möglichkeiten: Nehmen Sie den Verwaltungsvorschlag an und stimmen für die „Kür“ sichern Sie der Stadt mehr als 1 Mio. Euro zusätzlich vom Land und langfristig die Handlungsfähigkeit, wird der Verwaltungsvorschlag abgelehnt, wir lassen also die Umsetzung der Anordnung durch die Kommunalaufsicht als „Pflicht“ über uns ergehen, steigt die Verschuldung weiter und die Abhängigkeit von Kontrollen und Eingriffen der Kommunalaufsicht wird immer größer, die Gestaltungsmöglichkeiten jedoch geringer. Beide Varianten enthalten Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger, das ist mir sehr bewusst. Auch für Sie als Stadtvertreter/in ist eine Steuererhöhung nicht gerade eine Entscheidung, die die Popularität erhöht. Und dennoch bin ich überzeugt davon, dass nur die langfristig solide Haushaltsführung mit dem Schuldenabbau unseren Bürgern das garantiert, was wir alle in unseren Wahlkämpfen versprochen haben: Eine liebenswerte, entwicklungsfähige Stadt mit Zukunftsperspektive.

Ich möchte mit einem Zitat des verstorbenen Ex-Bundespräsidenten Walter Scheel schließen, das mich seit einiger Zeit beschäftigt und auch leitet:

„Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen.“